

18.02. um 21:30 Uhr: Exklusiv-Berichterstattung von Table.Media zum NKR-Strategiepapier für die nächste Bundesregierung

Staatsreform: Normenkontrollrat fordert messbare Ziele. Die bisherige Bürokratieabbau-Regel „One in, one out“ sei zu wenig ambitioniert und durch viele Ausnahmen ineffektiv: Das schreibt der Normenkontrollrat (NKR) in seinen Empfehlungen an die nächste Bundesregierung, die am Mittwoch veröffentlicht werden. Er schlägt vor, Bürokratiekosten und den sogenannten laufenden Erfüllungsaufwand in der nächsten Legislaturperiode um jeweils 25 Prozent abzusenken; das entspräche insgesamt 21 Milliarden Euro. Zudem solle die Regierung in ihre Bemühungen den Aufwand aus EU-Richtlinien, den für Bürger und Verwaltung sowie den einmaligen Aufwand für Umstellungen auf neue Vorgaben einbeziehen, so der NKR. Statt „schwerfälliger Jahres-Bürokratieabbaugesetze“ empfiehlt er spezifische Abbaupakete für jedes Ressort und eine jährliche Bilanz.

Verbindliche Vorgaben brauche es auch, um die Reformbereitschaft in Behörden zu stärken. Der NKR nennt hier die Einführung von „Managementmethoden“ wie Benchmarking und Stresstests. Zudem müsse der Bund den Personalaustausch zwischen Ministerien stärken und sich mehr für Quereinsteiger öffnen. Sinnvoll sei zudem eine größere Durchmischung von juristischem und nicht-juristischem Personal. Geht es nach dem Gremium, würde die Verwaltung außerdem größere Spielräume bekommen, um von „praxisfernen Regelungen“ abzuweichen – etwa über Experimentierklauseln. *Okan Bellikli*